

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Rückstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlegung der
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (täglich) früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 31. März 1923.

Nr. 75.

Gassenübereien.

Die tägliche Anpöbeleien und schmutzige Verleumdung der sozialdemokratischen Partei, ihrer Gewerkschaftsorganisationen und besonders deren Vertrauensmänner hat der kommunistische Reichenberger „Vorwärts“ in ein besonderes System gebracht. Keine Aktion, kein Beschluß, keine Pressepolemik, sei es auch mit Organen der Klassengegner, kann erfolgen, ohne daß nicht dieses aller Ehren werthe Blatt darüber seinen stinkenden Geifer verspritzen würde. Von keiner Sachkenntnis beschwert, offenkundige Tatsachen ins Gegenteil verdrehend und umflügelnd, kennen die nichtsnutzigen Bürokraten, die in Ermangelung ehrlicher Arbeit den „Vorwärts“ verfälschen, nur eine Aufgabe: zur Freude der Bürgerlichen täglich für die nötigen Infamien zu sorgen, mit denen sie die sozialdemokratische Bewegung bewerkstelligen können. Was sie bei dieser Tätigkeit begünstigt, ist die durch die Raumverhältnisse unserer Presse bedingte Unmöglichkeit, auf die täglichen Verdrehungen zu antworten. Uebrigens wird und muß jeder anständige Arbeiter die Verlogenheit des kommunistischen Organs von selbst erkennen und sich mit Ekel von seiner auf die Schürung des Zerwürfnisses in der Arbeiterbewegung hinarbeitenden Schreibweise abwenden.

Von Zeit zu Zeit muß aber doch die Technik der Verlogenheiten des „Vorwärts“ aufgedeckt werden, damit auch jene Arbeiter, die sich noch immer zur kommunistischen Partei bekennen, erkennen, welcher Art Moral die Leute huldigen, die ihre Zeitungen schreiben. Man nehme nur den jüngsten Streik der Ostrauer Bergarbeiter, der gemäß einer von den Führern der Bergarbeiterkoalition mit den Vertretern der Bergwerksunternehmungen geschlossenen Vereinbarung vor einigen Tagen abgeschlossen wurde. Wie bei jedem Streik, der nicht von den Kommunisten allein geführt wird, schrien die Buriden vom „Vorwärts“ auch diesmal über „Verrat“ und „Niederlage“ und sie wendeten die jetzigen Lettern an, um die Lüge von der „Abwürgung des Streiks“ hinauszuschreiben. In Wirklichkeit stand die Sache so, daß an den Verhandlungen mit den Unternehmern auch der Sekretär der kommunistischen Bergarbeiter Ostraus teilnahm, die Vereinbarungen gut hieß und sie mitunterzeichnet. Das verschweigt der „Vorwärts“ seinen Lesern, dafür schimpft er umso lustiger auf die „Sozialverräter“, die schon wieder einmal die Arbeiter „verraten“ haben! Aber der „Vorwärts“ sucht nicht nur den Abschluß des Streiks als Verbrechen hinzustellen, er findet der Verbrechen noch mehr, und ein solches sind ihm sogar die — Verhandlungen (!), welche die Vertreter der Streikenden mit den Unternehmervertretern durchführten, obwohl doch auch die kommunistischen Bergarbeiter dabei vertreten waren! Die Amsterdamer Führer in Prag waren in ständigem Kontakt mit den Kohlenbaronen und mit der Regierung. So läßt sich der „Vorwärts“ hören. Auch hier verschweigt er die entscheidende Tatsache, daß die koalitierten Bergarbeiterverbände ausdrücklich von der Reichskonferenz der Bergarbeiter mit der Führung der Verhandlungen beauftragt worden waren. In ständigem Kontakt mit den Kohlenbaronen! Man merkt nur zu deutlich die Absicht, wohin das kommunistische Verleumderblatt mit dieser Bezeichnung der Verhandlungen hinaus will. In der Verlogenheit nach einem brauchbaren Mittel sucht das Blatt auch die Tatsache der Verhandlungen für seine niedrigen Zwecke zu mißbrauchen, wobei diese Art von Verlogenheit schon eine starke Zumutung an seine Leser darstellt. Denn wie soll denn ein Streik anders zu Ende geführt werden, als durch Verhandlungen? Haben nicht auch die Kommunisten jedesmal, wenn sie einen Streik führten, „Kontakt“ mit den Unternehmern gesucht? Und mit wem anders soll denn über die Bedingungen zur Beendigung eines Streikes verhandelt werden, als eben mit den Unternehmern? Alles dies weiß natürlich auch der „Vorwärts“, aber das

Interpellation in der französischen Kammer.

Poincaré: „Wir werden aus dem Ruhrgebiet nur in dem Maße weichen, in dem wir deutsche Zahlungen erhalten.“

Paris, 30. März. (Sabas.) In der Nachtigung der Kammer fragte Abg. Herriot den Ministerpräsidenten Poincaré, ob er ständig die wirtschaftlichen Ziele im Ruhrgebiete verfolgt und ob er gerecht alle ernstesten und direkten Anträge der deutschen Regierung prüfen würde. Ministerpräsident Poincaré antwortete klar und positiv auf beide Fragen. Er wiederholte, daß Frankreich keinen Versuch wegen einer Verständigung annehmen würde, der halbamtlich oder indirekt gemacht würde. Er wies sodann die Beschuldigung zurück, daß Frankreich den verstellten Gedanken hat, die besetzten Gebiete zu annektieren, aber er drückte

den Willen aus, allen deutschen Antrieben vorzuziehen und erklärte: „Wir geben unsere Pfänder nur auf, wenn unsere Forderungen verwirklicht werden und wir werden aus dem Ruhrgebiete nur in dem Maße und in dem Verhältnisse weichen, in dem wir deutsche Zahlungen erhalten. Diese Zahlungen müssen alle Schäden ersetzen, die uns verursacht wurden. Die Entwertung der Mark hob sozusagen die ganze Schuld Deutschlands auf, das heute weniger belastet ist, als Frankreich.“ — Mit Ausnahme der äußersten Linken nahm die ganze Kammer mit Einschluß des Abg. Herriot die Darlegung Poincarés mit langanhaltendem Beifall auf.

Maritime Rüstungen in Frankreich.

Bau von neuen Kriegsschiffen.

Paris, 29. März. (Sabas.) Der Marineminister hat in der Kammer den zweiten Teil des Gesetzentwurfes für das Marinegesetz betreffend die Verteidigung der Seegrenzen eingebracht. Der Gesetzentwurf sieht folgende Einheiten vor: sechs leichte Kreuzer, 15 Torpedobootzerstörer, 24 Tor-

pedoboote, 4 Unterseekreuzer, 30 Unterseeboote erster Klasse, 2 Minenschiffe und 4 Petroleumschiffe. Die entsprechenden Jahresraten werden sich auf die Jahre 1923 bis 1933 verteilen und werden die Höchstziffer von 320 Millionen nicht überschreiten.

Der Negreische Pasitsch findet keine Regierungsmehrheit.

Belgrad, 30. März. Mit Rücksicht auf die Unklarheit der durch das Wahlergebnis geschaffenen parlamentarischen Lage beschloß die Regierung, noch vor dem Zusammenritt der neuen Skupschina die Führer der politischen Parteien zur Besprechung der allgemeinen Situation nach Belgrad einzuberufen. Von dem Verlaufe dieser Konferenzen wird es abhängen, ob die Regierung die formelle Demission noch vor Zusammenritt der Skupschina geben wird, um dem König die Möglichkeit zur Befragung der führenden Politiker zu bieten. Angesichts der Haltung des revisionistischen Blocks wird in Regierungskreisen der Rücktritt der Regierung nur rein formalen Charakter haben wird, da es außer Zweifel steht, daß

hält ihn nicht ab, daraus seine Verleumdungen zu formen.

Oder ein anderes Beispiel. Unser Blatt, das täglich den Gegenstand der liebevollen Aufmerksamkeit des „Vorwärts“ bildet, habe es „bewiesen“, daß „die Sozialdemokraten mit Haut und Haar vor allem Deutschnationalen“ sind. Das folgert das Blatt aus einem Aufsatz, der sich gegen eine politisch einseitige Anbiederung des „Prager Tagblattes“ an die Prager Machthaber wendet, von welchem Aufsatz der „Vorwärts“ seinen Lesern aber auch nicht eine Zeile mitteilt. Negreitsch, sonst würden sie den frechen Schwindel ihres Planes nur zu leicht durchschauen. Daß wir gegen die Herabsetzung der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht zu einer „Lebensfrage“ — wie es das bürgerliche Blatt getan. — Stellung nahmen, ist dem „Vorwärts“ Grund genug, zu behaupten, daß die deutschen Sozialdemokraten den Kampf für nationale Gerechtigkeit nicht in den Reihen der tschechischen und deutschen Proletarier, sondern Seite an Seite mit den Masfa, Böhr und Lodoman führen“. Abgesehen davon, daß die Behauptung von dem Kampf „Seite an Seite“ mit den Deutschbürgerlichen eine dreiste Lüge ist, nenne uns doch der „Vorwärts“ die tschechischen und deutschen Proletarier“, die wir als Verbündete im Kampfe für nationale Gerechtigkeit suchen sollen! Meint er etwa die tschechischen Sozialdemokraten? Nein, diesen Gedanken wird selbst der „Vorwärts“ von sich weisen. Oder meint er etwa die Kommunisten? Nun, wie diese für nationale Gerechtigkeit „kämpfen“, haben sie durch die auf ihrem letzten Parteitag beschlossenen „Thesen zur nationalen Frage“ gezeigt. In der Einleitung zu diesen „Thesen“ stellen sie fest, daß die Ein-

der König das Kabinett Pasitsch neuerlich im Amte bestätigen werde.

Die Todesstrafe gegen die Bischöfe.

Warschau, 30. März. Die Abendblätter melden aus Moskau: Das Sowjetzentralaktionskomitee verlaublich gestern folgenden von Lenin unterzeichneten Beschluß: „Die Todesstrafe über den Erzbischof Gjeplak wird in 10 Jahre Gefängnis umgewandelt und zwar deshalb, weil Erzbischof Gjeplak der Vertreter eines Glaubensbekenntnisses ist, welches unter dem Jarismus verfolgt wurde. Mit Rücksicht darauf könnte diese Todesstrafe von den Katholiken Rußlands als Beweis der weiteren Verfolgung durch die Sowjetregierung aufgefaßt werden. Das Urteil gegen den Prälaten Butkewicz wird bestätigt, weil der Prälat seine religiöse Tätigkeit mit der kontrerevolutionären verknüpfte.“

verleibung der von Deutschen bewohnten Gebiete nach den Methoden des Imperialismus erfolgt sei. Aber der Inhalt der „Thesen“ ist ein einziger Verrat an diesem Selbstbestimmungsrecht, da er nicht nur für die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen eintritt, sondern, ganz wie dies etwa Kramarsch und Genossen tun, auch von einer territorialen Autonomiebestrebungen etwas wissen will. Nein, vom „Vorwärts“ und den Kommunisten kann man nicht behaupten, daß sie „Seite an Seite mit Podgwan“ kämpfen, denn sie sind ausreichend damit beschäftigt, für die „nationale Gerechtigkeit“ Seite an Seite mit den tschechischen Nationalen Chauvinisten und Imperialisten zu kämpfen.

Die Beispiele der Kampfweise des „Vorwärts“, die den Methoden der Deutschgelben getreulich abgelauscht sind, lassen sich ins Unendliche vermehren. Kein Streik, dessen Beendigung ihm nicht als „Sozialverrat“ erscheinen würde, keine Rede, kein Zeitungsartikel, der ihm nicht Gelegenheit geben würde, mit seinen häßlichen und giftigen Verdrehungen einzufahren. Gegen diese Laktik des Blattes, das damit rechnet, daß nicht jede einzelne der gehäuften Lügen widerlegt werden kann, und das, wie es Gassenbuben tun, Vorübergehende hinterücks anspuckt, kann man sich nur bis zu einem gewissen Grade wehren. Aber das kommunistische Blatt sollte doch aus der massenhaften Fahnenflucht seiner Parteigänger erkennen, daß auch solche Mittel auf die Dauer versagen. An dem gesunden Sinn der Arbeiterschaft werden schließlich diese verwerflichen Methoden den letzten Rest ihrer Wirkung einbüßen!

Worum es ging?

Ein Nachwort zum Kampf der Ostrauer Bergarbeiter.

Der Kampf der Ostrauer Bergarbeiter ist beendet und er konnte beendet werden, ohne daß die Bergarbeiter aller übrigen Reviere in den Streik treten mußten. Der Kampf ist beendet, nicht mit einem Siege der Bergarbeiter, wohl aber mit einer Niederlage der Ostrauer Bergwerksbesitzer. Die Vereinbarung vom 22. März 1923 ist für die Ostrauer Bergarbeiter günstiger und klarer, als ihr Vertrag vom 15. November 1922, den die Unternehmer deshalb gekündigt haben, weil sie ihn in den meisten Punkten verschlechtern wollten.

Was wollten nun die Ostrauer Unternehmer? Erstens im Vertrag festgesetzt erhalten, daß die wöchentliche Arbeitszeit für die Grubenarbeiter 48 Stunden beträgt, zweitens, daß die Pflichtleistung von 7 bis 7.57 Zentner auf 8.50 bis 9 Zentner erhöht wird, drittens, daß die Deputatlohn nur für verfahrene Schichten gewährt wird und viertens, daß in der Urlaubsfrage eine Verschlechterung gegenüber den bestehenden Zustand eintritt. Was mußten sie dagegen in der Vereinbarung vom 22. März 1923 akzeptieren?

1. Daß sie die Sechsstundenschicht an Samstagen grundsätzlich bis 30. Juni 1924 unzulässig anerkennen,
2. daß es bei der Pflichtleistung bei 7.57 Zentner blieb und
3. daß alle übrigen Vertragsbestimmungen unverändert in Kraft bleiben.

Die Ostrauer Bergarbeiter sind in den Streik getreten mit der einzigen Forderung, daß der alte Lohnvertrag unverändert in Kraft bleibt. Welchen Inhalt hatte nun der alte Lohnvertrag in der entscheidenden Frage der Arbeitszeit?

„Die Arbeitszeit (Schichtdauer) wird für die gesamte Arbeiterschaft bei den Bergbaubetrieben und Koksanlagen in diesem Reviere, welche sowohl in der Grube als auch oberwärts beschäftigt ist (bei in der Grube beschäftigten Arbeitern die Einsahrt in die Grube und die Ansahrt eingerechnet), auf acht Stunden festgesetzt. Für die Grubenarbeiterschaft bleibt an Samstagen vorläufig noch die sechsstündige Arbeitszeit in Geltung; über die normale achtstündige Schicht am Samstag auch für die Grubenarbeiterschaft wird verhandelt werden, wenn an fünf Tagen in der Woche gearbeitet werden wird.“

„Die Schicht der Obertagsarbeiter ist auch an Samstagen achtstündig.“

So der Wortlaut des Ostrauer Lohnvertrages vom 15. November 1922, der ohne direkten Einfluß der Bergarbeiterkoalition in Ostrau abgeschlossen wurde und der unter anderem die Unterschrift des kommunistischen Bergarbeitersekretärs Johann Czervenka trägt, der seither zwar aus dem Verbande ausgeschlossen wurde, nachdem er Verbandsgelder für sich verwendete, der jedoch damals noch zur Vertretung der kommunistisch gesinnten Bergarbeiter des tschechischen Bergarbeiterverbandes aus dem Ostrauer Reviere berechtigt war.

Hatten die Ostrauer Bergarbeiter auf Grund des alten Vertrages eine Gewähr, daß die Sechsstundenschicht auch für die Grubenarbeiter aufrecht blieb? Sicher nicht! Als einziger Passivpost steht dem Verbande ausgeschlossen wurde, nachdem er Verbandsgelder für sich verwendete, der jedoch damals noch zur Vertretung der kommunistisch gesinnten Bergarbeiter des tschechischen Bergarbeiterverbandes aus dem Ostrauer Reviere berechtigt war.

Hatten die Ostrauer Bergarbeiter auf Grund des alten Vertrages eine Gewähr, daß die Sechsstundenschicht auch für die Grubenarbeiter aufrecht blieb? Sicher nicht! Als einziger Passivpost steht dem Verbande ausgeschlossen wurde, nachdem er Verbandsgelder für sich verwendete, der jedoch damals noch zur Vertretung der kommunistisch gesinnten Bergarbeiter des tschechischen Bergarbeiterverbandes aus dem Ostrauer Reviere berechtigt war.

Großmäuligkeit, über die einst Machar sehr gute Satiren schrieb, das höchste ist."

Das Mandat des Abgeordneten Modraček. Der „Nijen“ teilt mit: „Wie uns mitgeteilt wird, hat der Zentralvollzugsausschuss der fortschrittlichen Sozialisten beschlossen, nichts gegen das gewesene Mitglied der Partei, den Abgeordneten Modraček, zu unternehmen, was die Gültigkeit seines Abgeordnetenmandates anlangt. Der Zentralvollzugsausschuss tritt grundsätzlich gegen die Einrichtung der gebundenen Kandidatenlisten auf und wird daher das Mandat des Abgeordneten Modraček nicht anfechten.“

Die tschechischen Städte „regel“ die Sprachfrage. In der letzten Sitzung des Präsidiums des Verbandes der tschechischen Städte wurde beschlossen, die tschechischen Gemeinden aufmerksam zu machen, daß sie nicht verpflichtet sind, im Interesse der sprachlichen Amtsführung und der strengen Durchführung des Sprachen-Verfassungsgesetzes deutsche Eingaben anzunehmen; diese Eingaben sollen mit der Bemerkung: „Wird nach Paragraph 1 und 2 des Sprachengesetzes mit der Bemerkung zurückgestellt, daß die Eingabe in der Staatssprache zu erfolgen hat, sonst wird auf die Eingabe keine Rücksicht genommen“ versehen und zurückgeschickt werden. — Zurückgewiesene tschechische Gemeinden sollen sofort Beschwerden an die politische Landesverwaltung überreichen, wenn irgendwelche deutsche Städte auf ihre tschechischen Zuschriften überhaupt eine Antwort verweigern würden.

Die Wehrvorschriften werden geändert. Das Ministerium für nationale Verteidigung hat durch eine Verordnung das Wehrgesetz wie folgt abgeändert. Der Paragraph 103 wird lauten: Das Ministerium für nationale Verteidigung kann, sofern es das Bedürfnis der Wehrmacht erfordert wird, Offiziere der 1. Reserve zu Übungen in Terminen außerhalb der im Gesetz angeführten Termine einberufen. Die Paragraphen 101 und 104 werden ergänzt: Wenn dies das Bedürfnis der Wehrmacht erfordert, kann in besonderen außerordentlichen Fällen die Einberufung von im Inlande sich aufhaltenden Personen zu Übungen über Auftrag des Ministeriums der Nationalverteidigung durch Kundmachung erfolgen.

Ausland.

Änderung der Finanzpolitik in Ungarn. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Budapest erfährt, denkt man an eine durchgreifende Änderung der ungarischen Finanzpolitik. Die Richtlinien für diese Politik wurden auf einer Konferenz festgelegt, an der der Finanzminister die Mitglieder des Finanzausschusses des Senates und Vertreter der Großbanken teilnahmen. Es wurde konstatiert, daß der jetzige Kronenkurs durch künstliche Mittel gehalten wurde. Man denkt daran, daß bei der Kreditgewährung besondere Erleichterungen gewährt werden und daß zu diesem Zwecke vorläufig ein erhöhter Banknotenumlauf um 30 Millionen zugelassen wird. Eine weitere Vermehrung des Banknotenumlaufes wird nur gegen gehörige Bedeckung gestattet. Zu dieser Vermehrung des Notenumlaufes kommt es in der Erwägung, daß die jetzige Geldmenge in Ungarn dem Bedürfnisse nicht genügt.

Rückgabe von Vermögen ehemals feindlicher Ausländer in Amerika. Die erste Rückgabe von Vermögenswerten, die Deutschen und Oesterreichern gehören und von dem Treuhänder für das Eigentum der Staatsangehörigen ehemals feindlicher Länder verwaltet wurden, beginnt in der nächsten Woche.

Die Lüge von den bewaffneten proletarischen Selbstschutzorganisationen in Thüringen. Nach Meldungen bürgerlicher Blätter sollen am vergangenen Sonntag in mehreren Städten Thüringens Übungen des proletarischen Selbstschutzes

einem Ehebruch der Frau spricht, niemals aber von einem Ehebruche des Mannes. Die Frau mußte ihrem Manne die Treue wahren, der Mann durfte sich Nebenfrauen halten und mit fremden Weibern nach Lust und Laune verkehren. Solange wir eine Klassengesellschaft haben, in der die Frau vom Manne wirtschaftlich abhängig ist, hat der Mann eine geschlechtliche Bewegungsfreiheit, die ihm erlaubt, seine Lust nach Belieben zu verschleppen, während die Frau an die Person ihres Mannes gebunden ist. Die Vielweiberei galt nicht als unmoralisch, aber der geschlechtliche Verkehr einer Frau mit einem fremden Manne wurde als ein iudiziäres Verbrechen bezeichnet. Selbst in der heutigen christlichen Gesellschaft unterliegt das Geschlechtsleben des Mannes einer anderen moralischen Bewertung als das der Frau. Ein Mann kann sich in geschlechtlicher Hinsicht viel mehr erlauben als eine Frau, ohne daß er moralisch gebondmarkt wird. Es gibt zahlreiche Männer, von denen allgemein bekannt ist, daß sie ein „Verhältnis“ haben oder daß sie in geschlechtlicher Beziehung ein ausschweifendes Leben führen, die aber trotzdem in der allgemeinen Achtung nichts einbüßen, ihre geschlechtlichen Ausschweifungen werden eben mit dem Mantel der Liebe zugebedt. Wenn aber eine Frau sich die gleichen Freiheiten herausnimmt, so entrückt man sich über ihren unmoralischen Lebenswandel und bedauert ihren Mann als Sühner und Hörnerträger. Wer die heute geltende offizielle Geschlechtsmoral mit den tatsächlichen Verhältnissen vergleicht, der bemerkt deutlich die Heuchelei, die unter der Oberfläche mit der Moral Schindluder treibt. Das ist eine Tatsache, die durch Sophistereien wohl verbunzelt, aber nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Eine Protestnote Deutschlands.

Gegen die Vertragsverletzungen der Rheinlandskommission.

Berlin, 29. März. (Wolff.) Die deutsche Regierung hat in Paris, London und Brüssel eine Note übergeben, worin diese gegen die erneuten schweren Vertragsverletzungen der internationalisierten Rheinlandskommission durch die Erlassung der Verordnungen 151-54 Verwahrung einlegt. Den genannten Verordnungen, führt die Note aus, fehlt es an jeder Rechtsgrundlage und sie stellen einen schweren Eingriff in die Staatshoheit Deutschlands dar. Insbesondere ist

die Verordnung 154, welche eine Entscheidung über Streitigkeiten aus privaten Lieferungsverträgen jeder Gerichtsbarkeit entzieht, eine Verletzung der elementarsten Rechtsbegriffe und bedeutet außerdem einen schweren Verstoß gegen die von der deutschen Regierung auf Wunsch der französischen und belgischen Regierung mit diesen abgeschlossenen Verträge über den freien Lieferungsverkehr.

Gewalt und kein Ende.

Berlin, 29. März. (Wolff.) In Essen wurde ein 15jähriges Mädchen von zwei französischen Soldaten überfallen und vergewaltigt. Die beiden Soldaten wurden von einer französischen Streife festgenommen. Ueber Godesberg ist aus bisher unbekanntem Gründen der Belagerungsstand verhängt worden. Jeder Verkehr auf den Straßen ist von 8.30 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten.

487 Ausweisungen im Rheinland.

Paris, 29. März. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die internationalisierte Rheinlandskommission vom 22. bis 26. März insgesamt 487 neue Beamtenausweisungen verfügt.

Die Hege gegen den proletarischen Selbstschutz.

Berlin, 30. März. (Eigenbericht.) Um die Aufmerksamkeit von den rechtsradikalen Ausschüssen abzulenken, verbreitet die bürgerliche Presse die Nachricht, daß auch unter den Arbeitern Organisationen bestehen, die gegen die Verfassung verstoßen. Es muß daher nochmals festgestellt werden, daß der proletarische Selbstschutz unbewaffnet ist, daß er in aller Öffentlichkeit für sein Ziel, Schutz unserer Versammlungen vor dem Terror der Nationalisten, eintritt und daß er sich nicht gegen die Verfassung richtet, sondern dem Schutze der Republik dient. Die Hege der Bürgerlichen hat also keinen Grund und kaum eine Aussicht auf Erfolg.

stattgefunden haben, bei denen Gewehre, Karabiner und 100 Maschinengewehre mitgeführt worden seien. Hierzu teilt das Thüringische Presskontrollamt mit: Von keinem der Thüringischen Polizeiamter, die zu laufender Berichterstattung ausdrücklich angewiesen sind, ist bis jetzt eine Nachricht eingelaufen, die erkennen ließe, daß an dieser Meldung von einer angeblichen Bewaffnung Thüringischer, republikanischer Selbstschutz- und Ordnergruppen irgendwie ein wahres Wort ist. Nirgends in Thüringen ist bisher eine Bewaffnung der betreffenden Selbstschutzgruppen wirksam geworden. Bemerk sei dabei, daß die überwiegende Zahl der in Frage kommenden Thüringischer Polizeiamter von Beamten geleitet wird, die bürgerlich und keineswegs sozialistisch eingestellt sind. Augenscheinlich handelt es sich um eine tendenziöse Erzählung, die von gewissen politischen Kreisen verbreitet wird, um die öffentliche Aufmerksamkeit durch eine Entlastungsoperation auf Kosten Thüringens von dem gemeingefährlichen Treiben rechtsradikaler Verschwörerbanden abzulenken.

Der erste, der die doppelte Geschlechtsmoral verurteilt, und eine gleiche Moral für Mann und Frau gefordert hat, ist der große Weise aus Nazareth. Es wird uns in den Evangelien erzählt, daß eines Tages ein heulender Männerhaufe ein Weib zu ihm brachte, das die Ehe gebrochen hatte und deshalb dem Tode verfallen war. Auf dem Ehebruch einer Frau stand die Strafe der Steinigung (wohlgemerkt! nur auf dem Ehebruch einer Frau!). Der ehedehrende Mann ging strafflos aus. Auch in dem vorliegenden Falle wurde nur die Ehebrecherin herbeigeschleppt, der Ehebrecher befand sich außer Schußweite und niemand krümmte ihm ein Härchen. Diese Doppelmoral erregte den Unwillen und die Empörung des Menschenfreundes. Er blickte der Ehebrecherin ins Auge und in die Seele und erkannte die tieferen Beweggründe ihrer Tat. Vielleicht war sie eine jener Frauen, die an ihrer Ehe körperlich und seelisch zerbrochen sind, von denen eine das bittere Wort sprach: „Ich habe die Ehe gebrochen, aber vorher hatte die Ehe mich gebrochen.“ Und er blickte auch den Anklägern ins Herz und sah, welcher Sündenwust darin aufgespeichert war, er sah die Gedanken- und Todsünden, die ehedehrerischen Begierden und die ehedehrerischen Taten. Darum sprach er mit cruster Stimme: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.“ Mancher hatte wohl den Stein bereits erhoben, aber er fürchtete den durchdringenden Blick Christi und ließ die Hand und den Stein sinken, weil er selbst in schmutzigen Schuhen ging. So drückte sich der eine nach dem andern; denn sie hatten alle Dreck am Stecken. Als Christus seine Augen erhob, war niemand von den Anklägern mehr da; er wandte sich an die Ehebrecherin: „Wenn

Die Franzosen rauben weiter.

Düsseldorf, 30. März. (Havas.) Der Kontrollposten in Höchst hat 10 Milliarden Mark und 400.000 Franken, die von der Reichsbank in Frankfurt an die Reichsbankstelle in Wiesbaden gesendet wurden, beschlagnahmt.

Keine Zahlung der Kohlensteuer in Frankreich.

Berlin, 30. März. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, haben die Großindustriellen des Ruhrgebietes den Beschluß gefaßt, die Zahlung der von den Franzosen und Belgiern geforderten Kohlensteuer abzulehnen und alle Folgen auf sich zu nehmen.

Die bürgerlichen Wucherer verlangen die „freie Wirtschaft“.

Berlin, 30. März. (Eigenbericht.) Die bürgerliche Presse tritt mit einem Artikel von Dr. L u t h e r neuerlich scharf für die freie Wirtschaft ein. Es soll lediglich eine Reserve für die mittellose Bevölkerung geschaffen werden. Demgegenüber hält die Sozialdemokratie an dem Plan fest, daß der Landwirtschaft Stickstoff geliefert wird und sie dafür die Ernteharung garantieren soll. Den bürgerlichen Parteien dürfte es gelingen, das Regierungsprojekt im Reichstag durchzubringen.

Tages-Neuigkeiten.

Die Kommunisten biedern sich den Gelben an!

Eine Einladung zu gemeinsamer Raifeier.

Die kommunistische Politik ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Erst haben sie „Kompromißlos“ Revolution für heute, Diktatur für morgen gegen alles, was nichtkommunistisch ist, gepredigt. Mit den Sozialdemokraten, den Helfershelfern der „Bourgeoisie“, wären sie damals nicht in der kleinsten Teilfrage zusammengegangen. Seit sie vom hohen Roh herunter sind, haben sie sich nun dugendmal anbiedern wollen. Nachdem wir ihr demagogisches Einheitsfrontlügen, das nur die weitere Zerfugung der Arbeiterbewegung bezweckte, richtig beantwortet hatten, machten sie ein paar Gehversuche mit den Gelben in „Aktionsausschüssen“, die vertragen, noch ehe sie Wirklichkeit geworden. Von da an ließen sie in ihrer Presse und in ihren Ver-

suchen niemand rüchert, will auch ich dich nicht rüchten, gehe hin und sündige nicht mehr.“ Eine wunderbare Lösung des Falles, eine praktische Anwendung des Grundgesetzes, daß gleiches Recht und gleiche Moral für Mann und Frau gelten soll.

Zu der Gegenwart vollzieht sich unter dem Einflusse des Sozialismus eine Wandlung der Geschlechtsmoral. Die Doppelmoral in geschlechtlichen Dingen wird als Unrecht und Unmoral empfunden. Immer dringender wird die Forderung erhoben, daß ein Mann dieselben Forderungen, die er in geschlechtlicher Beziehung an seine Frau stellt, selbst zu erfüllen hat, und daß er auf seine Ausnahmestellung verzichten muß. Erst wenn dies der Männerwelt in Fleisch und Blut übergegangen sein wird, kann von einer wirklichen Gleichberechtigung und Kameradschaftlichkeit zwischen Mann und Frau die Rede sein. Es bedarf zweifellos noch einer großen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit auf diesem Gebiete, ehe diese Wandlung der Geschlechtsmoral sich durchgesetzt haben wird. Viel wird in dieser Hinsicht die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau wirken; denn die geschlechtliche Unterdrückung des Weibes hat die vornehmlichste Quelle in der wirtschaftlichen Abhängigkeit. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist die Einsicht in die Unmoral des heutigen Geschlechtslebens besonders in der modernen Jugend beiderlei Geschlechtes im Steigen begriffen. Schon heute gibt es junge Leute, die das gleiche Recht und die gleiche Moral für beide Geschlechter theoretisch fordern und praktisch ausüben. Das ist ein erfreuliches Zeichen und ein Weg zum Bessern. Möge er von recht vielen gegangen werden.

sammlungen den Gelben wieder jene Würdigung zuteil werden, die diese als die notorischen Fangehunde des Kapitals verdienen. Es widerspricht aber den Gesetzen der kommunistischen Inkonsistenz, wenn es nun bei dieser Haltung bliebe und darum ist es begreiflich — so sehr sich dagegen auch unser Klaffengefühl sträubt — wenn die Kommunisten jetzt die Hakenkreuzer wiederum zu einer gemeinsamen Aktion, wenn sie die wütendsten Gegenrevolutionäre zum Weltfeiertag des Klassenbewußtsein, revolutionären Proletariats zur Feier des 1. Mai einladen.

Der Duxer „Tag“ veröffentlicht in seiner gestrigen Nummer folgendes Dokument:

An die nationalsozialistische Partei Karbiß!

Im Auftrage der Bezirksorganisation machen wir Ihnen den Vorschlag, die diesjährige Maifeier einheitlich mit allen Arbeiterparteien durchzuführen und ersuchen, falls Sie mit diesem Vorschlage einverstanden sind, uns bis längstens Donnerstag, den 5. April an unterstehende Adresse Bescheid zukommen zu lassen.

Wir glauben, für die Notwendigkeit der gemeinsamen Demonstration keine besondere Begründung anzuführen zu müssen, da dies die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von selbst begründen.

Einer zusagenden Antwort entgegengehend, zeichnet mit proletarischem Gruß!

für die Bezirksorganisation der Kommunistischen Partei Karbiß:

Anton Müller, Schriftführer. Panterlitschek, Obmann.

Karbiß, 25. März 1923.

Es ist dies wohl das erste Mal, daß den Gelben von einer sozialistischen Partei der Ehrenname einer Arbeiterpartei zugesprochen wird. Bisher hat sich jeder anständige Arbeiter ängstlich davor gehütet, mit dieser nichtswürdigen Verrätergesellschaft irgendwie nur in Verbindung zu kommen. Und nun biedern sich die Kommunisten den eiligen Gesellen an und — erhalten von den Hakenkreuzern (!) einen Fußtritt! Der „Duxer „Tag“ drückt nämlich auch das Antwortschreiben der Ortsgruppe Karbiß der Nationalsozialisten ab, in welchem die Einladung der Kommunisten zurückgewiesen und den Kommunisten in Erinnerung gebracht wird, daß der Wunsch, der kommunistische Sekretär, erst vor kurzem ein Zusammengehen mit den Gelben abgelehnt hat.

Also von den Marxdeuren des Massenkampfes müssen die Kommunisten eine solche Ohrfeige einstecken! Vielleicht geht jenen Karbißer Arbeitern, die bei den Gemeindevahlen den Kommunisten ihre Stimme gaben, jetzt ein Licht auf, auf welchem Weg sie die kommunistische Partei führt. Die erste politische Tat der kommunistischen Vertrauensmänner in Karbiß nach den Wahlen war ein Versuch, den Gedanken des 1. Mai zu schänden! Dennoch bedauern wir die ablehnende Antwort der Gelben — die Kommunisten hätten zu ihnen so großartig gepöht.

Eine Abrechnung mit den Kommunisten.

Am Mittwoch abend fand, wie wir bereits berichtet, in der „Königsbarr“ in Berlin eine große Versammlung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Berlins statt, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Künzler über „Sozialdemokratie und kommunistische Partei“ sprach. Die Versammlung, welche die Kommunisten vergebens zu sprengen versuchten, gestaltete sich zu einer vernichtenden Abrechnung mit den Kommunisten. Genosse Künzler führte über die Taktik der Kommunisten u. a. aus: „Mit welchem Recht macht sich denn die kommunistische Partei Deutschlands an, sich als Schutzmehrerin unserer Partei aufzuspielen? Es muß hier einmal ein offenes Wort gesprochen werden, ein weiteres Schweigen wie bisher zu den Verleumdungen der Kommunisten müßte sich an unserer Partei und an der gesamten Arbeiterklasse schmerzlich rächen. Wir können und dürfen die Schmähungen und Beschimpfungen nicht weiter über uns ergehen lassen. Wir müssen in Berlin aus unserer bisherigen Reserve heraus, die lediglich diktiert war von Langmut und einem falsch verstandenen proletarischen Ehrgefühl. Statt sich der großen Aufgabe und Verantwortung bewußt zu werden, die auch die kommunistische Partei Deutschland hat, wird in einer Zeit, wo das Proletariat einen schweren Existenzkampf zu führen hat, zu 90 Prozent in dem der kommunistischen Presse zur Verfügung stehenden Raum auf die Sozialisten, „auf die Agenten des Kapitals“, losgeschlagen. Dies hat zu einer Verwilderng der Kampfesfront geführt, die aus politischer und vor allem moralischen Gründen zu bekämpfen ist, und zwar, weil unter den Praktiken der Kommunisten die proletarische Moral schon den allerschwersten Schaden erlitten hat. Ist die kommunistische Partei Deutschlands überhaupt in der Lage, eine proletarische und sozialisches Politik zu treiben? Die Agitation und Propagandaarbeit der Kommunisten dient nicht der Aufklärung der Arbeitermassen und begeistert sie nicht für ein großes und heiliges Ziel. Diese infame Hege gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer ist mit all den niedrigen Beschimpfungen und Verleumdungen die Art blind gewordener Kleinhändler und Spießer. Was zieht denn solch eine „Entlarbung“, um im Vorgehen der „Roten Fahne“ zu reden, nach sich. Bestimmt das eine, daß heute jeder Mensch an erdionierter Stelle in der Arbeiterbewegung durch diese Kampfesart der Kommunisten als Fremdwild erklärt wird. In anderen Fällen wird durch eine solche Führerhabe nicht nur die proletarische Moral untergraben, sondern dar-

über hinaus wird der Satz geboren, welcher dann der gerade Weg ist zur politischen Indifferenz. Sollten die Praktiken der Kommunisten, die Besammlungsprengungen, tätlichen Angriffen usw. jemals Gemeingut der deutschen Arbeiterbewegung werden, so würde in Bälde die proletarische Bewegung versumpfen und verkrüppeln. All die Parolen und Forderungen der Kommunisten, die Kontrollausschüsse und Hundertschaften, sind Verlogenheitsprodukte und ein freiwilliges Eingeständnis der eigenen Unzulänglichkeit. Die Hundertschaften der Kommunisten sind die beste Zufluchtsstätte für alle Abenteuer, die unter der Maske eines Kommunisten bei den Arbeitern Eindruck gewinnen wollen, in Wirklichkeit aber Selbstdienste für die Reaktion leisten. — Trotz dieser glänzenden Abfuhr ließen es sich die Kommunisten nicht nehmen, nach der Versammlung gegen die sozialdemokratischen Versammlungsteilnehmer mit brutaler Gewalt vorzugehen. So richtig das Benehmen eines unartigen Kindes, das Brügel bekommen hat und nun seinen Züchtiger von rückwärts anspricht.

Unsere Toten. Wie aus Boderfam gemeldet wird, ist dort am Mittwoch Gen. Anton Guba, Sekretär des Verbandes der Land- und Forstarbeiter, einem Lungenleiden erlegen. Gen. Guba, dessen eigentlicher Beruf Baupolier war, hat schon in der Vorzeitigkeit an der Gewerkschaftsbewegung der Bauarbeiter lebhaften Anteil genommen und stellte sich dann nach dem Umsturz in den Dienst der Bewegung des Landproletariats. Seiner regen Tätigkeit ist es zu verdanken, daß das ganze Boderfam-Technik-Ländiger Agrargebiet mit einem dichten Netz von Landarbeiterorganisationen überzogen wurde. In der Zeit der Spaltung hat Genosse Guba zweimal bis dreißig Landarbeiterversammlungen monatlich abgehalten und durch diese rege Aufklärungstätigkeit bewirkt, daß die Spaltung unter den Landarbeitern seines Gebietes nicht besonders krasse Formen annahm. Gen. Guba war auch Vorsitzender des Bezirksgewerkschaftsfortells und ein rühriges Mitglied der sozialdemokratischen Bezirksleitung. Nun ist er, dessen Lebenskräfte sich durch die unermüdete Tätigkeit für das Proletariat verbraucht hatten, einem alten Lungenleiden erlegen.

Was in Bayern alles möglich ist. Wie aus München gemeldet wird, sammelt ein monarchistisches Komitee in Bayern Gelder zum Bau einer Gedächtniskapelle (!) für den letzten bayerischen König Ludwig und die Königin Maria Theresia in Wildenwarth. Dem Komitee gehören einzelne Regierungspräsidenten an. In einem Falle hat sich ein Regierungspräsident an verschiedene Bürgermeister gewandt, mit dem Ersuchen, für die Kapelle Gelder zu sammeln. Unser Münchner Bruderblatt, die „Münchener Post“, bemerkt dazu: „Daß ausgerechnet hohe Beamte der Republik sich dazu hergeben, ihre amtliche Stellung zu mißbrauchen, um die ihnen amtlich unterstellten Bürgermeister zu solchen Zwecken anzuhalten, ist ein Skandal, der eben doch nur in Bayern möglich ist“.

Reaktionär und deutschnational — zwei gleiche Begriffe. Bei einer deutschvölkischen Organisation in Thüringen wurden in diesen Tagen auch die Statuten dieses neuen Bundes aufgestellt. Zwei Paragraphen beschäftigen sich mit der Einstellung der Deutschvölkischen zu den Parteien. Es besagt § 7: „Da die Deutschvölkischen keinen engen Parteigeist wollen, darf jedes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei oder einer anderen, auf völkischem Boden stehenden und die Juden bekämpfenden Partei sein.“ § 8 aber lautet: „Es ist den Mitgliedern der Ortsgruppen verboten, bei Wahlen für Kandidaten der Deutschen Volkspartei, der Deutschdemokratischen Partei, der Christlichen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei Stimmen abzugeben. Auch taktische Zwecke rechtfertigen dies nicht.“ Gnade finden also nur die Deutschnationalen, die sich zum Dank dafür bei den sich reichlich bietenden Gelegenheiten auch zum Beschützer der rechtsradikalen Putschisten aufwerfen.

Die Preise in den Hotels und Restaurants. Donnerstag, den 29. März 1923 wurden die unterbrochenen Beratungen der Kommission im Ernährungsministerium fortgesetzt. Der Vorsitzende fasste das Ergebnis der Beratungen in nachfolgendem Beschluß zusammen: Die Verbände der Hoteliers werden an ihre Mitglieder einen Aufruf ergehen lassen, in welchem sie diese auffordern werden, die Preise nachzukalkulieren und zu ermäßigen. Bis 5. April l. J. werden sie dem Ernährungsministerium ihre Gutachten über die Möglichkeit einer Preisregulierung aufgrund der Tarife, welche für Bahnhofrestaurationen aufgestellt wurden, vorlegen. Eine Ausnahme sollen Luxushotels bilden, in welchen ein um 20 Prozent höherer Tarif Geltung hätte. Die bereits bestehenden niedrigeren Preise dürfen nicht erhöht werden. Ueber den weiteren Vorgang wird jedoch das Ernährungsministerium selber entscheiden. Ueber Hotelzimmerpreise wird demnächst verhandelt werden.

Die heurigen Waffenübungen. Wie das gestrige Amtsblatt der „Prager Presse“ meldet, wird heuer der siebente Jahrgang der Reserve (Geburtsjahr 1893) in der Zeit vom 14. August bis 10. September zu einer vierwöchigen Waffenübung einberufen werden. Nach dem Wehrgesetz und den Wehrvorschriften wären im heurigen Jahr der dritte (1897), der fünfte (1895), der sechste (1893) und der neunte (1891) Jahrgang der Reserve zu Waffenübungen verpflichtet gewesen. Die Einberufung aller dieser

Jahrgänge mußte jedoch speziell aus finanziellen Gründen unterbleiben. Da der dritte und fünfte Jahrgang im Jahre 1921 mobilisiert wurde und besonders die Einberufung des neunten Jahrganges auf große finanzielle Hindernisse stieß, so hat sich die Militärverwaltung entschlossen, heuer nur den siebenten Jahrgang der Reserve zu Waffenübungen einzuberufen. Vom dritten (1897) und fünften (1895) Jahrgang der Reserve haben lediglich diejenigen einzurufen, die im Jahre 1921 dem Mobilisierungsbefehl nicht nachgekommen sind und weiters jene Reservisten, denen im Jahre 1922 eine Verlegung der Waffenübung bewilligt wurde. Von den Reserveoffizieren, von denen nach dem Wehrgesetz heuer der zweite, vierte, sechste, achte und zehnte Jahrgang der Reserve heuer zu Waffenübungen verpflichtet wäre, haben heuer der sechste, (1894) und der achte (1892) Jahrgang einzurufen. Die einberufenen Reservisten werden in den ersten Tagen der Waffenübung in der ständigen Garnison Übungen abhalten. In diese Übungen schließen sich dann Konzentrationsmärsche und größere Truppenübungen, den Schluß der Waffenübung bildet ein zwei bis dreitägiges Manöver jeder Infanteriedivision, beziehungsweise jeder Gebirgs- und Kavalleriebrigade. Die heurigen großen Manöver finden in der Umgebung von Policka statt.

Was das tschechische Korrespondenzbüro zu melden weiß. Rom, 29. März. (Srefani.) Nach Zeitungsberichten werden bei der Zivilhochzeit Prinzessin Yolanda als Zeugen die Minister Diaz und Rebel fungieren. — Na, das freut uns!

Ein wirksames Mittel zur Belehrung haben — so schreibt die Teplitzer „Freiheit“ — einige Hausmütter in der im Hiliner Bezirke gelegenen Ortsgemeinde D. gefunden. Diese Frauen litten darunter und es litt das ganze Familienleben darunter, daß ihre Männer sich seit Jahren mehr der Geselligkeit widmeten als den Angehörigen. Das verdroß die Frauen, denn sie wollten ihre Männer an das Heim fesseln. Was tun? Nicht umsonst leben wir in einer Zeit, in der der Aberglaube wieder Trümmer feiert. Die Frauen betrogen ihre Männer, an einer Reichthens-Andacht teilzunehmen. Methodisten gibts jetzt auch bei uns, denn die allgemeine Seelenrettung nach dem Kriege hat jeder Art von Jenseitsnärrheit einen geeigneten Boden geschaffen. Und das Mittel hatte Erfolg! Die Männer fingen an sich zu bessern, sie blieben dem Wirtschaften fern. Aber auch die Beförderung war kein ganz freundliches Ereignis. Denn nun kam es vor, daß die Männer vor lauter weltlicher Aufregung nicht mehr einschlafen konnten und bis tief in die Nacht hinein blieben. Einer sah sogar schon den Teufel, der ihn des Nachts behelligte. Er rettete sich nur, indem er aus dem Bette sprang und den Teufel durch eifriges Gebet vertrieb. Seit ihm dies gelang, ist er natürlich erst recht ein gläubiger Methodist geworden, der nicht mehr im Wirtschaften steht, sondern seine freie Zeit dabei verbringt, um Gebete zu wimmern. — So ist aus diesen Familien das Laster geflohen, ist der böse Geist des Wirtschaftens in den Männern getötet worden, aber man sagt, daß die Weiber der Frommgeordneten mit dieser Wandlung auch nicht ganz einverstanden sind.

Er ließ den Vater ermorden. In der Nacht zum 19. März wurde der 68-jährige Witwer August Holub aus Horech bei Freistadt ermordet. Als Täter wurden, wie gemeldet wird, der Sohn des Ermordeten August und zwei seiner Kameraden, J. Spaček und J. Hubenka, von der Gendarmerie verhaftet. Spaček gestand nach langem Leugnen, daß er von August Holub nun zu der Tat verführt worden sei, was durch alle Umstände bestätigt wird. Der Ermordete war von außen durchs Fenster aus einer Entfernung von sechs Schritten erschossen worden. Der Grund der Tat lag offenbar darin, daß der Sohn fürchtete, der wohlhabende Vater, der einen großen Grundbesitz und zwei Häuser besaß, werde ein junges Mädchen heiraten und der Sohn dadurch um den größten Teil der Erbschaft kommen. Vor der Tat hatte der Mörder das Testament des Vaters zu seinen Gunsten gefälscht.

Eine 60jährige Witwe ermordet und beraubt. Wie aus Gablonz gemeldet wird, wurde am Mittwoch in dem nahen Bad Schlag die 60jährige, alleinstehende Witwe Verta Weiß ermordet aufgefunden. Die Witwe wurde durch einen Schlag mit einem stumpfen Gegenstand auf den Kopf getötet. Sämtliche Kästen der Wohnung waren aufgebrochen und durchwühlt, so daß jedenfalls, obwohl man noch nicht weiß, was alles abhanden gekommen ist, ein Raubmord vorliegt. Vor kurzer Zeit wurde bei der Witwe ein Einbruchdiebstahl verübt, wobei dem Täter ein Sparkassenbuch auf den Betrag von 700 K in die Hände fiel. Der Täter ist damals, wie auch diesmal der Raubmörder, durch ein offenes Fenster in die Wohnung gelangt. Man nimmt an, daß es sich in beiden Fällen um ein und denselben Täter handelt, von dem bisher jede Spur fehlt.

Internationale Briefmarkenausstellung. Die „Tschechische Philatelistengesellschaft“ in Brünn veranstaltet unter dem Protektorat des Präsidenten der Republik Dr. T. G. Masaryk in den Tagen vom 5. bis 15. August d. J. die 1. internationale Briefmarkenausstellung. Nähere Informationen erteilt der Generalsekretär Stabskapitän V. Weiß, Brünn, Langgasse 11.

Schülerelbstmord. Am Mittwoch abends wurde der zwölfjährige Bürgerknecht Franz Meier, der Sohn eines Eisenbahners in Oberdorf bei Komotau, erhängt in der Wohnung aufgefunden. Er dürfte den Selbstmord aus Furcht vor Strafe begangen haben.

Verhaftung eines Prager Weinstubenbesizers in Wien. Josef Belar, ein in Prag sehr bekannter

Lebemann, der oft in Gesellschaft junger Burschen gesehen wurde, die auch die Mehrzahl der Gäste in der Belar gehörenden „Brioni“-Bar in der Prager Rektanzka bildete, ist in Wien unter der Beschuldigung begangener Betrügereien in der Höhe von mehr als 400.000 tschechische Kronen verhaftet worden. Wie die Blätter melden, hat die zum vorübergehenden Aufenthalt in Wien weilende Postoberdirektorsgattin, Frau Anna Ruzicka aus Prag bei der Polizeidirektion die Anzeige erstattet. Sie teilte mit, daß Belar ihr im Jahre 1919 12.000 tschechische Kronen unter der Vorpiegelung entlockt habe, er werde in Märien ein Hotel pachten. Im Jahre 1922 habe er ihr, trotzdem die frühere Schuld noch nicht getilgt war, neuerdings Geld entlockt, und zwar unter der Vorpiegelung, daß er in Prag in der Rektanzka die Weinstube „Brioni“ eröffnet habe und ihr aus dem Ertrage dieses gutgehenden Geschäftes monatlich 500 tschechische Kronen zurückzahlen werde. Er zahlte aber nicht, sondern entlockte auch verschiedenen anderen Personen in Prag größere Beträge, insgesamt 120.000 tschechische Kronen. Er hat auch eine Anzahl von Leuten dadurch geschädigt, daß er sie veranlaßte, als Teilhaber in seinem Geschäft einzutreten. Die geleisteten Einlagen, sowie die Tageslosungen brachte er aber in leichtsinniger Weise in Gesellschaft eines 20jährigen Burschen durch.

Tiere, die schießen können.

Von Walter Bernhard Sachs.

In uralten Höhlen Spaniens, die an die 30.000 Jahre, vielleicht auch noch älter sein mögen, hat man Bilder auf die Felswand gemalt gefunden, die Menschen bei der Jagd darstellen. Radie Jäger spannen meterhohe Bogen, um riesenhafte Urwild zu erlegen. Es sind dies mit die ältesten Dokumente über den Gebrauch von Schießwerkzeugen beim Menschen. — Beim Menschen? Das klingt sonderbar. Wer sollte denn außerdem noch schießen können? — Antwort: Die Tiere! Wir wollen hier eine Anzahl dieser merkwürdigen Gäste der Erde vorführen.

Da ist zunächst ein kleines Insekt, oder richtiger, die Larve eines libellenähnlichen Insektes, der Ameisenlöwe. Ein kleines Raubtier in Gestalt eines Gliederfüßlers, das überaus häufig in selbstgegrabenen Sandtrichtern unserer Mark zu finden ist. Auf dem Grunde dieses Trichters haust dieser Zwerglöwe in der Wüste des nördlichen Sandes und lauert auf seine Opfer. Raht sich nun dem Rande der Grube eine Ameise, oder ein anderes Insekt, so beginnt das Raubtier alsbald eine regelrechte Beschießung zu unternehmen. Sandkörner auf Sandkörner schleudert es geschickt gegen die Ameise, bis sie strauchelt und den abschüssigen Hang des Trichters hinabrollt, just in die Klauen des nimmerfatten Ameisenlöwen. — Ein schießendes Tier also, das sich, gerade wie wir des Schrotorns, kleiner Sandbröckchen bedient, mit denen es seine Beute erlegt.

Im Berliner Aquarium, das in seinen zahlreichen Behältern die seltensten Wundertiere beherbergt, findet man in der Insektenabteilung einen Schaukasten mit einer Anzahl dieser Miniaturschützen lebend ausgestellt.

Auch die Gattung der Fische verfügt über einen schießenden Jäger, der daher auch seinen deutschen Namen „Schützenfisch“ erhalten hat. Ein Barfisch ist es, aus Siam, der in Friedenszeiten oftmals lebend herübergebracht wurde. Setzt sich nun eine Fliege in der Nähe seines Behälters nieder, so konnte man beobachten, wie der Fisch bis dicht an die Oberfläche heraufkam und mit erstaunlicher Sicherheit einen Wassertropfen nach dem Insekt schoß, oder richtiger gesagt, ausspie. — Auf 2 bis 3 Meter Entfernung verfehlte der Fisch sein Ziel niemals. Die getroffene Fliege fiel herab in das Wasser und wurde so eine Beute des Schützenfisches. Interessant und oft sehr lustig zu beobachten war, daß dieses Tier, wenn ein Mensch an sein Aquarium herantrat, das blinkende Weiß des Augapfels als Zielscheibe ansah und seine Beschießung auf dasselbe richtete. Wahrscheinlich mag es wohl das Blitzen des Auges für ein lebendes Insekt gehalten haben.

Als bekanntestes Schützenier, das sich als Gewehr seiner eigenen Junge bedient, gilt das Chamäleon. Die Hautfärbung ist ein wenig geflammert, sitzt es unbeweglich da. Unabhängig von einander sieht das eine Auge stark geradeaus, während das andere nach seitwärts gerichtet ist. Starr und unterbrochen hält es so Umschau. Da setzt sich plötzlich ein kleiner Schmetterling auf einem Blatt nieder. Mit einem Ruck wenden sich die Augen dorthin. Das satte Grün des Chamäleons bekommt schwarze und braune Flecke. Die Erregung der Seele spiegelt sich auf der Oberfläche wieder. Blötzlich, der Beschauer dieser lautlosen Jagd hält unwillkürlich den Atem an, schnell die Zunge als schwarzer Pfeil heraus aus dem Maul, leimt den Schmetterling an, ein paar hastig schluckende Bewegungen, und das Chamäleon sitzt ruhig wieder da und wartet auf neue Opfer. — Die Jagd ist zu Ende.

Gebrauchte das Chamäleon seine festgewachsene Zunge als treffsicheres Gewehr, so kommt bei den jetzt erwähnten Tieren ein wirkliches Geschloß zur Verwendung, das, vom Angreifer abgeschossen, sich tief in den Körper des Getroffenen einbohrt. Nur, daß es eine merkwürdige Verwandtschaft mit diesem Schießen hat. Um diese Muskeliere — es sind schon mehr „Kanoniere“ — des Tierreichs kennenzulernen, müssen wir die Stufenleiter der Tierwelt tief herabsteigen bis zu den als langweilig und uninteressant verschrienen Schnecken. — Ja, unsere gewöhnlichen Garten- oder Weinbergsschnecken schießen ganz ähnlich wie wir mit unseren Schießwerkzeugen.

Nach einem warmen Sommerregen kann man die Schnecken bequem im Garten beobachten. Lebhaft kriechen sie hin und her, und da sieht man

zu seinem Erstaunen, wie ein kleines Wöllchen auf der rechten Seite einer Schnecke plötzlich aufspritzt, ein kleiner Pfeil fliegt durch die Luft, und die nächst kriechende Schnecke, die ruhig ihres Weges dahinwandelte, bäumt sich wie ein getroffenes Wild hoch auf. Das Geschloß ist ihr in den weichen Leib gedrungen. Was ist geschehen? Die Schnecke hat geschossen! Ganz regelrecht geschossen! Das Allermerkwürdigste an diesem Schießen mit einem Kalkbolzen, der durch den plötzlichen Druck von Muskeln heraufgeschleudert wurde, ist der Grund zu dieser ganzen Angelegenheit. Nicht um ein Beutetier zu erjagen, wurde geschossen, nicht um einen Gegner zu vertreiben, sondern, die Schnecken beschließen sich unter sich, — weil es ihnen Vergnügen bereitet. Die ganze Schießerei ist nämlich die Einleitung des Hochzeitstanzes der Schnecken. — Wie der Zaunkönig seinem Weibchen ein Liedchen vorträllert, um sich in seine Gunst einzufügen, wie der Frau das Rad schlägt, um mit dem Brunn seines Gefieders die Antwortene zu erjagen, so versuchen es die Schnecken auf ihre Art. Sie beschließen sich mit dem „Liebespfeil“, wie die Zoologen dieses Kalkgeschloß genannt haben, um die Aufmerksamkeit ihrer Schneckenschönen auf sich zu lenken.

Als eine der merkwürdigsten Gestalten aus dem an und für sich schon seltsamen Kapitel der „schießenden Tiere“ sei zum Schluß noch ein Tier erwähnt, das allen vom Besuch des Zoologischen Gartens her bekannt ist, — das waffengeschickte Stachelschwein. In seiner Heimat, den Feldern Italiens, nicht so sehr selten, kennt man es von Ausflügen nach dem Zoo her, wie es seine Stacheln am Boden schleift, im Käfig hin und her trottel. Und dieses Tier soll schießen können? Lange verweies man diese Behauptung in das Reich der Fabel, bis sie neuerdings als Tatsache wieder aufgestellt wurde. Karger man nämlich das Tier, so sträubten sich die Stacheln rasch in die Höhe und richteten sich drohend gegen den Angreifer. Ein Tafelentuch, welches man auf das Stachelschwein wirft, wird weit weggeschleudert bei dem plötzlichen Aufstellen der Stachelwehre. In höchster Wut werden die Borsten wild umgewirbelt, und so ist es gar nicht verwunderlich, daß die Stacheln dabei auch aus der Haut herausfliegen und sich bei der großen Gewalt der Muskelanstrengung auch in den Körper des Angreifers hineinbohren. Hinzu kommt noch, daß diese Stachelpfeile, da sie nicht ganz sauber sind und sehr lose in der Haut sitzen, böse Wunden hervorrufen können. Der Direktor des Hamburger Zoologischen Gartens hat sich vor einigen Jahren gerade wieder für die Wahrscheinlichkeit dieses Schießens eingesetzt. Auch kennen wir Auslagen von Jägern dieser Tiere, die Stachelschweine in besonderen Klappfallen gefangen hatten und am nächsten Tage den Baumstamm über der Falle voll mit Stacheln gespidt fanden.

So haben wir also im Zoologischen Garten nicht nur Tiere, die beißen, und „das Lama, das sich hinterlistig duckt und den Bürgermann bespuhlt“, sondern auch ein Tier, das, wie die Krone der Schöpfung, der Mensch, schießt.

Telegramme.

Einigungsbestrebungen der Liberalen in England.

London, 29. März. (M.) Die Vereinigung der Liberalen in Leeds lud kürzlich Asquith und Lloyd George zu einem Frühstück in der Absicht, die Bestrebungen wahrzurufen, die auf eine Vereinigung der beiden Gruppen der Liberalen abzielen. Lloyd George nahm die Einladung an, während sie Asquith abgelehnt haben soll, da er auf seinem ablehnenden Standpunkte wegen Veranlassung einer gemeinsamen Beratung zwischen den Führern beider Gruppen als ersten Schritt zu einem Zusammenschluß beharrt. Nach seiner Ansicht konnte es zu einem Zusammenschluß beider Fraktionen eher durch eine gemeinsame Aktion im Parlament kommen.

Seipel in Mailand.

Mailand, 30. März. Heute nachmittags fand in der Prefektur eine lange Besprechung zwischen Mussolini und Seipel statt. Letzterer dankte dem Ministerpräsidenten für alles, was Italien zugunsten der finanziellen Wiederaufrichtung Oesterreichs getan hat und sprach die Hoffnung aus, auch fernerhin auf die Unterstützung der italienischen Regierung in allen Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Oesterreichs rechnen zu können. Er empfahl daher raschestens den Abschluß der römischen Verhandlungen zur Herstellung günstiger Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Der Bundeskanzler unterhielt sich sodann mit Mussolini über verschiedene politische Fragen, allgemeiner Natur, die beide Länder in gleicher Weise interessieren. Mussolini versicherte dem Bundeskanzler des „lebhaftesten Interesses“ Italiens an einer günstigen Lösung aller mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs zusammenhängenden Fragen und sprach die Ueberzeugung aus, daß Oesterreich ein „Element des Friedens“ in Zentraleuropa bleiben werde.

„Anarchistische“ Unruhen in Sofia.

Sofia, 30. März. (M.) Die Behörden haben zur Unterdrückung der terroristischen Aktion strenge Maßnahmen getroffen. Gewisse Gruppen riefen in Sofia und Zambol Unruhen hervor, wo die Polizei, die eine Reihe von Personen verhaften wollte, auf bewaffnete Widerstand stieß. Der Erzhel in Sofia endete mit dem Selbstmord eines Terroristen. Bei einem Zusammenstoß einer Gruppe Anarchisten mit der Gendarmerie in Zambol wurden einige Anarchisten und ein Gendarm getötet.

Kleine Chronik.

Der Erfinder der Thermosflasche. Prof. J. James Dewar, dessen Tod vor einiger Zeit gemeldet wurde, gehörte zu den Gelehrten, deren Name in Vorkriegszeiten wenig bekannt ist, obwohl sie auf ihrem Gebiet wichtige Entdeckungen gemacht haben. Selbst eine so wichtige Erfindung wie die Thermosflasche, deren Gebrauch heute bei allen Naturvölkern zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens gehört, hat seinen Namen über die Fachkreise hinaus nicht bekannt werden lassen. Freilich handelt es sich bei diesem Gebrauchsgegenstand nur um die praktische Ausbarmachung einer ursprünglich zu ganz anderen Zwecken gemachten Erfindung, noch dazu eine, die lediglich auf der Anwendung eines sehr einfachen und längst bekannten physikalischen Prinzips beruht. Professor Dewar, der sich mit der Verflüssigung von Gasen beschäftigte, bedurfte zur Aufbewahrung der verflüssigten Gase mit ihrer abnorm niedrigen Temperatur eines besonders gut isolierenden Gefäßes und so konstruierte er eine Flasche, die aus zwei durch einen luftleeren Zwischenraum getrennten Glaswänden bestand. Der luftleere Zwischenraum diente als denkbar schlechtester Wärmeleiter. Um die von außen aufsteigenden Wärmestrahlen zurückzuwerfen, vermach er die Flasche innen noch mit einem Metallspiegel. Die gewöhnliche Thermosflasche, von der heute unzählige Millionen im Gebrauch sind, ist auf Grund dieses Prinzips konstruiert. Die Engländer haben gelegentlich seines Ablebens Dewar auch die Erfindung des rauchlosen Pulvers zugeschrieben; aber das ist insofern irrig, als Dewar zwar, zusammen mit Abel, im Jahre 1891 einen rauchschwachen Sprengstoff, Cordite, erfunden hat, aber er war keineswegs der erste, der ein rauchschwaches Pulver herzustellen hat. Zur allgemeinen Einführung gelangte das rauchschwache Schießpulver erst, als im Jahre 1886 Vieille ein drittes Pulver erfunden hatte, das aus in Äther gelöster Schießbaumwolle und Pikrinsäure bestand und alsbald im französischen Heer zur Einführung kam.

Der Rekordflug einer Taube. Eine erstkürzte Taube, die in New York gefunden wurde, führte eine Botschaft des Naturforschers Edmund Heller mit sich, der sich auf einer Studienreise im Yellowstone-Park befindet. Der Gelehrte teilte mit, daß er sich in den Goode-Bergen verirrt habe und hat um Hilfe. Die Nachricht war an seinen Kollegen Singer in New York gerichtet, der sofort telegraphisch eine Hilfsperdition in Bewegung setzte. Die Taube, die Singer als ein von ihm zusammen mit Heller gezüchtetes Tier erkannte, hatte eine Rekordleistung vollbracht. Die Entfernung vom Yellowstone-Park nach New York beträgt rund 3200 Kilometer. Die Taube brauchte zu dieser Strecke noch einem Bericht der „Amshau“ fünf Tage; sie legte also durchschnittlich täglich 640 Kilometer zurück.

Eine militärische Totenfeier in Belgien. Die sterblichen Überreste 80 belgischer Soldaten, die jetzt in England ruhen, sollen in feierlicher Weise nach Jerebrügge überführt werden. In England liegen ungefähr 400 Belgier begraben und die irdischen Hüllen dieser 80 Belgier stellen die Vertreter aller Chorgänge und Waffengattungen dar. An den Bestattungsfeierlichkeiten in Jerebrügge wird sich auch der Prinz von Wales beteiligen, der am 27. April nach Brüssel kommt. Die britische Admiralität traf Vorbereitungen, um die Überreste der belgischen Soldaten auf einem britischen Kriegsschiffe zu überführen.

Gerichtssaal.

Eine weißrussische Verschwörung.

Warschau, 30. März. Die heutigen Warschauer Wälder bringen den Inhalt der Anklage gegen die Teilnehmer der gegen Polen gerichteten weißrussischen Verschwörung. Die Anklage stellt fest, daß die Staatspolizei in Warschau Anfangs des Jahres 1922 eine weitverzweigte weißrussische

Organisation von Aufständischen entdeckt hat, welche den Zweck verfolgte, aus dem Polen zuerkannten polnischen Gebiete eine weißrussische unabhängige Volksrepublik zu bilden. Diese aufständische Organisation wurde nach dem Wortlaut der Anklage materiell von Litauen, Deutschland und auch von Sowjetrußland unterstützt. Auf litauischem Gebiete wurden Abteilungen weißrussischer Aufständischer und in Polen Abteilungen von Parteigängern gebildet. Das weißrussische Zentralkomitee hatte unter dem Namen „Regierung der weißrussischen unabhängigen Volksrepublik“ seinen Sitz in Kowno. Einer der leitenden Offiziere der aufständischen weißrussischen Truppenabteilungen war der Ataman Storumochow, welcher der Ataman des Grodnower Gebietes genannt wurde. Storumochow verübte an der Spitze seiner Bande nach der Anklage einige Attentate auf polnischen Gebiete, u. a. ein Attentat auf den Zug, der Anklage einige Attentate auf polnische Regierung nach Wilna führten. Storumochow sandte im Jahre 1922 an den Staatschef Pilsudski ein „Ultimatum“, in welchem er forderte, daß die polnischen Behörden im weißrussischen Gebiete zurücktreten und daß die Holzabfuhr aus der weißrussischen Puszta belassen werde. Am 6. Mai 1922 entdeckte die polnische Staatspolizei den sich aufständischer weißrussischer Truppenabteilungen in der weißrussischen Puszta. Bei Storumochow wurden Dokumente vorgefunden, welche bewiesen, daß die Führer der weißrussischen Aufständischen Beziehungen zu Sowjetrußland unterhalten haben. Schließlich stellt die Anklage fest, daß die litauische Regierung über die Absichten der Weißrussen gut informiert gewesen sei. U. a. sind, wie bereits gemeldet, auch die zwei weißrussischen Abgeordneten Jakowiw und Baranow angeklagt. Der erstere war weißrussische Aufständische und entsandte sie nach Kowno. Nach der Anklage sollte Abg. Jakowiw mehr als 30.000 Aufständische werben, wofür er von der Kownower Regierung Geld erhielt. Abg. Baranow stand an der Spitze der weißrussischen Aufständischen Bewegung im Grodnower Gebiete. Beide Angeklagten leugnen aber die Feststellungen der Anklage und erklären, überhaupt keinen weißrussischen politischen Organisationen angehört.

Ein unverbesserlicher Mensch.

Prag, 30. März. Wie er so da stand mit dem zwischen den Schultern ausgezogenen Kopfe, aus dem zwei schläfrige Augen ganz verwundert und kindsbumm den Richter anblickten, hätte ihm kein Mensch zugetraut, daß er ein geriebener Betrüger und arbeitscheues Individuum ist, der nicht nur fremde Menschen, sondern auch seine eigene Frau ins Unglück gestürzt hat. Seine Kleidung war zwar tadellos und nach der neuesten Mode gearbeitet, doch er hatte sich das Geld für sie nicht selbst verdient, sondern es unter allerlei Vorwänden Menschen, die ihm Gutes erweisen wollten, aus der Tasche gezogen. Und wie er, da seine Betrügereien doch jedem klar auf der Hand lagen, noch vor dem Richter mit Elogen und Ausflüchten kam, da mußte für ihn das letzte Mittel ersterben, das man immer mit einem, wenn auch Schuldigen hat, wenn er auf der Anklagebank sitzt.

Franz Findejs, aus Königgrätz gebürtig, hatte oft in seinem Leben Gelegenheit, ein tüchtiges Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden. An hilfsbereiten Förderern hat es ihm nie gefehlt. Was er aus dem Kriege — er war nur zwei Jahre als Landsturmmann ohne Waffe eingerückt — heimgekommen war, heiratete er die Tochter eines vorwiegend Geschäftsmannes aus einer böhmischen Provinzstadt. Die Frau, eine typische Schönheit, brachte Geld und reichliche Ausstattung in die Ehe mit. Doch Findejs begann sich nicht wieder um einen Erwerb umzusehen oder sich ein Geschäft zu eröffnen, nein — er lebte vom Gelde seiner Frau. Und als das Geld

weg war, schickte er seine Frau verdienen. Er zwang sie zur Prostitution. Wenn die Freunde Findejs Vorstellungen machten, so erklärte er, daß er Invalide sei und seine rechte Hand nicht bewegen u. infolge dessen nichts verdienen könne. Die Freunde die Findejs helfen wollten, erkannten nur zu bald, daß er ein Simulant sei, der einfach nichts arbeiten wolle.

Als Findejs dann von dem „Geschäfte“ seiner Frau nicht mehr leben konnte, da sich diese schließlich weigerte, für den Faulenzer das Leben einer Straßendame zu führen, verließ er sich auf Betrügereien. Er wurde „Geschäftsmann“.

In der Prager Neustadt ist eine kleine Trakt, die ein Invalide, dem ein Bein fehlt, nach dem Umsturz erhielt. Seine Frau ist eine jugendliche Spielin des Findejs, und darauf baute dieser seinen Plan auf. Er kam eines Tages in die Trakt, ergriffte, daß er auch Invalide sei und daß er sich ein Parfümeriegeschäft einrichten möchte. Nur habe er kein Geld. Die Frau des Traktanten schrieb ihm die Informat, verschaffte ihm deren kostenlose Einschaltung in eine große Prager Tageszeitung, trat sie tat alles, um Findejs, dem „Invaliden“, zu helfen. Und als Findejs dann ein Geschäftslokal in Prag IV., Selezna 10, gefunden zu haben vorgab, borgte sie ihm auch Geld. Gegen den Widerstand ihres ängstlichen Mannes ließ sie sogar große Summen aus und gab im Laufe von 14 Tagen dem Findejs, der alles zurückzugeben versprach, insgesamt 2400 Kronen. Findejs „arbeitete“ gut. Ein Lokal hatte er ja nicht gemietet, nur einen Kellerraum; er bestellte Zimmerleute, kaufte Tapete und — als sich die Traktantin, die ihm ihre Schwester als Kompanion geben wollte, die ganze Herrlichkeit des neuen Ladens selbst ansehen wollte, war Findejs verschwunden. Gendarmerie nahm ihn, der sich inzwischen funktionslos ausstaffiert hat und gerade mit einigen Mädchen ein Fest feierte, in einem Nachtlokal in Letomischl fest.

Aus den Akten, die bei der heutigen Verhandlung vorgelesen wurden, ist zu ersehen, daß Findejs bereits mehrmals vorbestraft ist. Seine Frau, die in der kurzen Ehe so furchtbare Enttäuschungen erleben und sich für den geliebten Mann zur Prostituierten erniedrigen lassen mußte, lebt heute — nur geduldet — wieder bei ihrem Vater. In der Familie des Traktanten herrscht Jam und Streit, denn der Traktant hat durch das Nachgeben seiner Frau einem gewissenlosen Betrüger gegenüber und durch die daraus sich ergebenden Verluste jede Hoffnung für die Zukunft verloren. Dann seine Schulden wird er erst nach jahrelangen Entbehrungen abzahlen können.

Findejs selbst tat vor dem Richter, als ob ihn die ganze Sache nichts angehe. Und begann zu lägen und widersinnige Entschuldigungen vorzubringen. — Nach Schluß des Verfahrens berieten die Richter nicht lange; vier Monate schweren Kerkers Verlust des Wahlrechts und Verpflichtung zum Schadenersatz Findejs nahm das Urteil mit gleichgültigem Gesicht an. Er ist, so muß man befürchten, bereits unverbesserlich geworden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein neuerliches Attentat auf die Gemeindeangestellten?

Vom Verband der öffentlichen Angestellten in Reichenberg wird uns geschrieben:

Der Sektionschef und Leiter der Steuerabteilung im Finanzministerium, Herr Dr. Balnicel, hält seit einiger Zeit Vorträge über die geplante Steuerreform. In diesen Vorträgen betont Dr. Balnicel, daß die bisherigen Steuern sehr hoch und namentlich durch die übermäßigen autonomen Zuschläge zu stark belastet sind; er behauptet nun, daß durch diese hohen Gemeindezuschläge die Staatssteuern vernichtet und die Industrie so belastet wird, daß ihre Entwicklung in hohem Maße erschwert, wenn nicht unmöglich

gemacht wird. Nach der Ansicht des Dr. Balnicel soll daher eine unübersehbare Höchstgrenze für die Gemeindezuschläge festgesetzt werden. Mit diesen und den sonstigen steuerpolitischen Vorschlägen, die Dr. Balnicel machte, werden sich gewiß unsere Kommunal- und Finanzpolitiker noch zu beschäftigen haben. Heute aber müssen wir uns besonders einer Stelle aus den Vorträgen des Dr. Balnicel zuwenden, die darauf hinweist, daß ein neuerliches Attentat auf die Existenzgrundlage der Gemeindebeamten- und -Angestellten verübt werden soll. Dr. Balnicel verlangt nämlich, daß die gesamten definitiven Anstellungsverhältnisse der Gemeindebeamten und -Angestellten für ungültig erklärt und in Vertragsverhältnisse umgewandelt werden sollen. Dies soll durch ein Gesetz geschehen, welches bis zum 1. Jänner 1924 fertiggestellt und mit Gültigkeit vom 1. Jänner 1925 in Kraft treten würde.

Dazu muß gesagt werden, daß an der Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Systems der Gemeindezuschläge wohl kein Zweifel besteht. Es ist jedoch durchaus unzulässig, diese Reform zu einem Anschlag auf die erworbenen Rechte der Gemeindeangestellten auszunutzen. Diese Vorschläge des Herrn Dr. Balnicel werden auf den entschiedensten Widerstand aller Kategorien der Gemeindebeamten und -Angestellten stoßen. Die bisherigen Erwerbseigenschaften, welche diesen Berufsgruppen zuteil wurde, haben sie mit großer Mühe und großen Schwierigkeiten in jaher gewerkschaftlicher Arbeit erkämpft. Würde ein solches Gesetz geschaffen werden, so würde der einzige Vorteil, den heute die autonomen Angestellten besitzen, nämlich die Sicherung ihrer Existenz durch das Definitivum, verschwinden. Infolge der unerfreulichen Verhältnisse, die heute bei vielen Gemeinden herrschen, kommt es schon jetzt oft vor, daß sich bei Stellenaushebungen niemand um die ausgeschriebenen Stellen bewirbt. Es ist sehr natürlich, daß Beamte, die im Privatdienst zu viel besseren Bedingungen anstellungen finden, auf die Beamtenstellen bei den Gemeinden überhaupt nicht mehr reflektieren werden, wenn ihnen nur der einzige Vorteil des öffentlichen Dienstes, nämlich die definitive Anstellung entzogen werden soll.

Herr Dr. Balnicel geht in seinem Vortrage heftig gegen die Personalanlagen der Gemeinden los; er beschränkt sich hier nicht bloß auf die Gehälter der Beamten und Angestellten, sondern kritisiert auch die hohen Beiträge der Bürgermeister und Gemeindevorstände. Wer aber die Verhältnisse auf diesem Gebiete kennt, weiß, daß die Beiträge der Bürgermeister, noch bei den Beamten zutreffen. Es ist sehr bedauerlich, daß der Vortragende bei keinem der vielen Beispiele, die er brachte, um die Verwendung der Gemeinden zu kennzeichnen, den Namen der Gemeinde genannt hat. Es wäre aber ganz interessant zu erfahren, wo alle diese schlecht verwalteten Gemeinden sich befinden, denen Dr. Balnicel zum Vorwurf macht, daß sie den Großteil der Umlagen für Personal-Erfordernisse verschwendeten. So hat der Herr Vortragende erzählt, er habe von privater Seite erfahren, daß in einer kommunalisch verwalteten Gemeinde so viele Laternenanzünder angestellt worden seien, daß auf jede Laterne 2 Anzünder entfallen. Mit solchen Beispielen ließ sich natürlich vor dem Publikum von Unternehmern und Industriellen, vor dem Dr. Balnicel seine Vorträge hält, Effect machen. Leider aber hat der Vortragende auch in diesem Falle unterlassen, den Namen der Gemeinde zu nennen und so müssen wir uns schon vorbehalten, an die Wahrheit seiner „sensationalen“ Beispiele erst dann zu glauben, bis er den Nachweis hierfür erbracht haben wird.

Diese Zeilen mögen vorläufig genügen, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß im Schoße des Finanzministeriums Finanzreform-Pläne ausgedacht werden, die für dreie

Der Held im Schatten.

Roman von Carl Bröger. (34)

„Ich würde an Ihrer Stelle doch das Bier meiden, Herr Löhner. Macht es Sie denn bei der Arbeit nicht müde?“

Der enthaltssame Redakteur Bergner war schon lange erpicht, den jungen Mitarbeiter für die Abstinenz zu gewinnen.

Er schnupperte mißbilligend, denn Ernst roch wirklich auf Armeslänge nach Alkohol.

„Warum soll ich kein Bier trinken? Es schadet mir gar nicht bei der Arbeit. Ich will nicht sagen, daß es anregt. Das hat es auch bei mir nicht nötig.“

„Zugegeben, daß durch längere Gewöhnung die Wirkungen auf Sie scheinbar ganz wenig sind. Aber es steht fest und ist statistisch nachgewiesen, daß die geistige Leistungsfähigkeit durch den Alkoholgenuß vermindert wird.“

Statistik war Ernst ein Greuel. Den liebenswürdigen Redakteur Bergner schätzte Ernst aufrichtig.

„Das kommt wohl auf die Leistungsfähigkeit an. Mich hat der Alkohol noch an keinem einzigen guten Gedanken gehindert, und mein Gedächtnis arbeitet so ausgezeichnet, daß ich recht zufrieden bin und gar kein besseres wünsche... Wahrhaftig nicht! Man denkt und spiritisiert doch den lieben langen Tag manchen Stiefel zusammen, der nicht mehr wert ist, als so schnell wie möglich vergessen zu sein... Dazu hilft mir das Bier... Will so ein blödsinniger Einfall nicht weichen, dann setze ich mich hinter's Glas. Klappe ich den Deckel zu, dann ist der Span abgeschnitten... So eine Gedankenguiotine ist ein heil-

James Werkzeug. Haben Sie es noch nicht notwendig gefunden, Ihre Gedanken zu löpnen? Ich finde es manches liebe Mal notwendig.“

Bergner hörte kopfschüttelnd diese frische Erklärung. Er wußte nicht, daß Ernst meisterhaft verstand, seine üblen Wohnheiten zu entschuldigen und vor sich selbst zu rechtfertigen.

„Das ist ja geradezu eine Bestätigung, daß die Enthaltssamkeit nötig ist. Kein Mensch hat in der Welt zuviel Gedanken. Für alle ist Raum da... Hören Sie auf mich, Herr Löhner! Das Spiel mit gelöspnen Gedanken ist nicht so harmlos, wie es aussieht. Eines Tages steckt der ganze Kopf in der Guillotine und — schwapp! — ist er weg. Sie wissen ja, daß ich es nur gut meine und daß mir nichts ferner liegt, als den Sittenprediger zu spielen... Aber Sie sind doch ein denkender Mensch, sind auch Sozialist und mühten schon aus folgerichtigter Gesinnung den Alkohol meiden. Es gibt keine Befreiung vom Kapitalismus, dem nicht die Befreiung vom Alkohol vorausgegangen ist.“

Der Hinweis auf die Besinnung rührte in Ernst Gedanken auf. Er befragte sich selbst: Bist du eigentlich Sozialist, du mit deinem Selbstgefühl, mit deiner überheblichen Einschätzung der eigenen Person, mit dem verbissenen Eifer, immer nur dich selbst zu spiegeln? Sozialist sein, heißt doch das Gegenteil von allem, was du bist, heißt an die anderen denken, sie in sich zu fühlen, sie über alles stellen. Kannst du etwas in der Welt über dich stellen, dich an einen Gedanken hingeben, daß er dein Persönliches ganz aufzehrt? Und wenn du es kannst, willst es du auch?

Auf diese Fragen biß Ernst ernsthaft. Die Begeisterung, der Zauber, in jener Versammlung der Bauarbeiter geweckt, wollten einen Grund wissen. Ernst lotete, diesen Grund in einer Tiefe

zu finden, um ihn herauszuheben ins lichte Bewußtsein. Er konnte keinen Grund erforschen. Sie hatten wohl überhaupt keinen Grund und waren nur eingebildet, denn Ernst Löhner galt der Ansicht mehr als die Bewegung, Denken mehr als Tun, Wissen mehr als Leben.

Das vor Augen lag, überfah er, und was er sah, lag nicht vor Augen. Sein Gehirn arbeitete mit Pierdestärken. Im Kopf lag der Motor, der alles trieb und das Gefährt rasend im Kreise jagte, immer im Kreis. Die Welt ist eine Kugel, bester Beweis, dieses kugelförmige Denken, das zwangsläufig diesen Punkt sucht.

Tropisch wucherte der Geist Ernst Löhners. Er sog alle Säfte an, schickte Luftwurzeln aus, die nirgend ansetzten, und verwandelte die Kraft jeder Wirklichkeit in dust- und farblose Denkbüthen. Ernst schaute völlig am Leben vorbei. Im Geist suchend, was nur im Blut zu finden ist, legte er, statt zu leben, das Leben aus und wählte zu genießen, wenn er nur wußte. Weil er viel zu wissen glaubte, nahm er sich für einen großen Genießer. Daß Wissen immer verzierten heißt, entging ihm. Gefühl vollkommener Leere verdrängte Freude und Genuß.

Das Leben rächte sich auf seine eigene Weise für die Nichtachtung. Gaukelnd schwebte es vor Ernst, lockte und reizte, und zerging in wesenslosen Rauch, wenn Ernst mit Denken zugriff. Das verdrängte Blut rebellierte und forderte laut seine Rechte. Jede weibliche Gestalt im Augenkreis Ernst Löhners erregte einen Aufbruch seines Blutes. Unwiderstehlich drachte es ihm das Gesicht rückwärts, wenn ein Weib vorübergegangen war. Er starrte jedem Rod nach, und seine aufgeföhren Triebe umheulten wie eine Hundemeute jedes Weib. Zahlung er dann blindwütig mit seiner Gedankenpeitsche unter das Rudel, so kuschten

die Begierden wohl, aus den Hintergründen, Winkeln knurrten sie aber böß und mißlich vor. Weil Leben gelebt, nicht gedacht sein muß, straten die zwei Wesen, die in seiner Brust untrennbar gekoppelt, tödlich verfeindet um die Gestalt rauchten. Ein stoischer, gefühllos harter Gehirnensch vergewaltigte einen rasch bewegten, leicht entflammten, mit allen Fasern nach Leben gierenden Hirnensch. Mit Keulen knüppelte der Gehirnensch auf den anderen ein, streckte ihn betäubt nieder, tötete den unselblichen Hirnensch aber nicht und mußte zulassen, daß er bei jedem Anhauch des Lebens zu Gemüß und Erfüllung aufwachte. Jofyre tobte dieser mörderische Bruderkampf. Der Hirnensch beherrschte den Blutmenschen lang, hielt ihn gefangen, und war taub für das schmerzlich wilde Aufstöhnen des Sklaven.

Leicht hätte Ernst seine verdursten Sinne tränken mögen. Um ihn wuchs und blühte junges Leben, Mädchen kreuzten viele seinen Weg, und war er auch nicht der Mann, zu Tausend und verliebtem Bahn hinzureichen, in seinen Augen lag ein Ausdruck, der den Mädchen ans Herz ging. Mander rasche Blick schnellte nach ihm, ein ablichtvolles Wort nur, und er hätte gehakt, wonach er verlangte. Allein, Ernst dachte ans Denken, nicht ans Leben. Seine Vorstellungen forderten mehr, als das Leben zu geben hatte. Viele Stunden ging Ernst voll aufgeregter Entschlossenheit durch Anlagen und Gärten, verschlang die Mädchen und wagte den Schritt doch nie. Er war oft im schönsten Anlauf, sah schon frohlockend das Ziel, dann knackte es plötzlich fein in den Ohren, die Welle verlief und er stand am leeren Strand.

(Fortsetzung folgt.)

Bevölkerungsschichten von einschneidender Bedeutung sind und die namentlich für die Gemeindebeamten und Angestellten neue Gefahren in sich bergen. Es soll dies zugleich für alle öffentlichen Angestellten, die den Weg zu ihrer Organisation bis heute nicht gefunden haben, eine dringende Mahnung sein, durch den Anschluß an die Gewerkschaft die Abwehrfront zu verstärken, die allen derartigen Plänen des Finanzministeriums entgegengestellt werden muß.

Die Aufforstung der durch die „Nonne“ verwüsteten Wälder. Die Verwüstungen des Nonnenklosters sowie der drohende Holzmannel bilden den Gegenstand einer Beratung des Komitees für Waldzuteilung, das beim Verlande der tschechoslowakischen Städte errichtet worden ist. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, folgende Forderungen der Regierung vorzutragen. Die Regierung möge eine Verordnung herausgeben, durch welche die raschste und zweckmäßigste Bewaldung der verwüsteten Flächen gesichert werde. An die Besitzer jener Wälder, die nicht vom Nonnenkloster betroffen wurden, möge ein Appell gerichtet werden, in welchem sie aufgefordert werden, in ihren Wäldern angelegte der gegenwärtigen Nonnenkloster nur das unbedingt notwendige Quantum an Holz zu schlagen. Schließlich mögen die Waldbesitzer geneigt werden, aus dem Gewinn des außerordentlichen Schlags Fonds Erneuerungsfonds von hinreichender Höhe zu bilden, wodurch die neue Bewaldung der toten Flächen ermöglicht würde.

Verbandstag des Musikerverbandes in der tschechoslowakischen Republik. Der Musikerverband hielt am 29. März in Teplitz seinen dritten ordentlichen Verbandstag ab, bei dem 42 Delegierte und eine Anzahl Gäste anwesend waren. Für die Stadt Teplitz und für den Parteivorstand der „Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ war Genosse K r e m e r und für die Gewerkschaftskommission und den Zentralverband der Angestellten Abg. Genosse H i r s c h erschienen. Nach dem Tätigkeitsbericht war zu ersehen, daß besonders die Einstellung einiger Theaterbetriebe für die Musiker sehr nachteilig war und daß es den Verband wiederholt große Anstrengungen kostete, um wenigstens das Beste von den teilweise breiten gewordenen Musikern abzuwehren.

Drohender Generalstreik der Bergarbeiter in Steiermark. Wie der „Tag“ aus Graz meldet, droht in den steirischen Gruben ein Generalstreik auszubrechen. Bei den Lohnverhandlungen setzen die Betriebsräte der Räßlacher Gruben der Alpinemontangesellschaft fest, daß neue Arbeiter nicht früher aufgenommen werden, solange nicht alle älteren Arbeiter angestellt sind, die gelegentlich der Lohnstreitigkeiten früher aus der Arbeit entlassen wurden. Da die Unternehmen diese Forderung nicht bewilligten, stellte die Arbeiterschaft die Arbeit ein. Daraufhin führte die Direktion die Generalausperrung durch und die Arbeiterschaft ruft jetzt aus Sympathie alle steirischen Gruben und Hüten zum Generalstreik auf. Für den heutigen Tag ist eine Sitzung der Betriebsräte aus allen Alpenländern nach Graz einberufen, wo über den Generalstreik der Bergarbeiterchaft in Steiermark entschieden werden wird.

Die Krise in der Bekleidungsindustrie Deutschlands. Aus Berlin wird uns gemeldet: Die unverhältnismäßig hohen Kleiderpreise, die in der Hauptsache auf die enorme Verteuerung der Wolle und Baumwolle und auf die Preispolitik der Textilfabrikanten zurückzuführen sind, haben die Bekleidungsindustrie in eine schwere Krise gestürzt. Die Kleider- und Wäschefabrikanten verweigern den Arbeitern jede weitere Lohnerhöhung, obwohl die Löhne durchwegs hinter denen in gleichgelagerten Industrien und Gewerben zurückstehen. Sie begründen ihre ablehnende Haltung damit, daß der Absatz nahezu vollständig stockt; ein allgemeiner „Preisabbau“ für Bekleidungsstücke sei notwendig, infolgedessen müssen nach ihrer Ansicht auch die Arbeitslöhne vorläufig mindestens stabil bleiben. Während diese Ratsschlüsse den Arbeitern erteilt werden, deren Lohnanteil am Endpreis kaum zehn Prozent beträgt, werden die Stoffpreise wieder stark erhöht. Die Deutsche Tuchkonvention hat jedoch erst ihre Preise um 30 bis 40 Prozent erhöht. Diese Maßnahme, die vollkommen unberechtigt ist, hat in allen übrigen Gruppen der Bekleidungsindustrie verständliche Empörung ausgelöst.

Verlauf und Ursachen des französischen Bergarbeiterstreiks im Februar. Außerhalb Frankreichs herrscht große Unklarheit über das Wesen des Februarstreiks der französischen Bergarbeiter; das kommt erstens von der verwirrenden Spaltung in der französischen Gewerkschaftsbewegung, zweitens von der Verschiedenheit der Bedingungen in den einzelnen Revieren, und drittens von dem raschen Wechsel der Konjunktur. Es ist falsch, diesen Streik in einen näheren politischen Zusammenhang mit den Ereignissen an der Ruhr zu bringen; die Konfliktstimmung, durch eine wachsende Lebenssteigerung hervorgerufen, war schon seit Juli da: von Zeit zu Zeit fanden Zusammenkünfte der Arbeiter- und Unternehmervertreter statt, die aber die Frage nur hinausgeschoben. Der nach dem Ruhreinmarsch eingetretene Anstieg der Reparationslöcher und die Senkung des Front steigerte aber plötzlich die Bergbaukonjunktur, und die Nachfrage nach Arbeitskraft ermutigte die Arbeiter, ihre Forderungen mit Entschiedenheit zu proklamieren; andererseits hatte die Senkung des Front die Feuerung verstärkt und machte diese Forderung noch dringender. An den Streik der Saararbeiter, die ihre Lohnforderungen (Lohnerhöhung von 7 Frank) schon am 2. Februarabend vorgelegt hatten und nach erfolglosen Verhandlungen am 5. Februar die Arbeit niederlegten, schlo-

ßen sich die lothringischen Bergarbeiter (und zwar die christlichen und die kommunistischen Gewerkschaften) an, deren Forderungen (Lohnerhöhung von 5-6 Fr.) schon am 11. Dezember eingewiegt wurden, und, wie die Organisatoren selbst betonen, rein gewerkschaftliche Ziele verfolgten: da die Unternehmer nur eine Lohnerhöhung von 1-2 Fr. gewährten, brach am 8. Februar der Streik aus. Der Gewerkschaftsbund Amsterdamer Richtung (C. G. T.) schloß sich aber dem Streik nicht an, weil er die Arbeitsmarktkonjunktur als vorübergehend und die französische öffentliche Meinung als freilich beträchtlich. Diese Auffassung mag recht gehabt haben, denn tatsächlich wurde die gespannte Kohlennachfrage erstens durch die englische Einfuhr und zweitens durch das Auslösen der lothringischen Hochöfen mehr als ausgeglichen; und die öffentliche Meinung, infolge der Ruhrereignisse nervös und misstrauisch geworden, war leicht dazu zu bringen, in dem Kohlenstreik nur eine „deutsche Intrige“ zu sehen und eine feindselige Atmosphäre um ihn zu schaffen. Die C. G. T. schlug daher den Weg der Verhandlungen ein; am 17. Februar hat sie ihre Forderungen eingereicht, bald darauf haben die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 3,25 Fr. bewilligt, und die Regierung hat gewisse Versicherungsformen versprochen. Es war nicht mehr zu erreichen. Auch die Gewerkschaften der Moskauer Richtung erklärten sich mit diesen Bedingungen einverstanden, und am 20. Februar beschlossen sie, den Streik in allen Bergwerken, außer den lothringischen, zu beenden.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Samstag, Anfang 5 Uhr „Parifal“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Frasquita“; abends „Der Rosentalier“; Montag nachmittags halb 3 Uhr „Al-Heidelberg“; abends „Apachen“.

Kleine Bühne. Heute zum erstenmal „Chenurlaub“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr „Extemporale“; abends „Chenurlaub“; Montag nachmittags halb 3 Uhr „Die kleine Sündlerin“; abends Gastspiel Käthe D o r s c h - Alfred Gutig „Stiff“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenzen. Reichenberg: Sonntag, den 8. April um 2 Uhr nachmittags im großen Vereinszimmer der Vereinhalle. Auf der Tagesordnung stehen: Die bevorstehenden Gemeindevahlen und die Sozialdemokratie, die politische Organisa-



CORONA
Neues Modell
Walzenlänge
25 cm amer.
Maschine für
Jedermann
K 1980.—
Gibian & Co.,
Prag II., Lucerna. Tel. 9823.

Frühjahrsmäntel

für Kinder, Knaben u. Mädchen
Enorme Auswahl
Erstklassige Ausführung
Beste Qualitäten
Spezialhaus für vornehme
Bekleidung der Jugend
FERD. HIRSCH, PRAG, Zelezná 14.
Filiale Národní třída 37 „Plattels“ 1223
Die Auslagen werden d. frdl. Beschichtigung empfohlen.

Kuh & Kretsch

Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

M. M. A. L. A.'s
Fischkonserven, Bäcklinge.



zu beziehen durch die Großkaufgesell-
schaft für Lebensmittel in PRAG II.,
Černéhořova ul. 1. 1276

tionarbeit im Bezirk Reichenberg, der 1. Mai 1923 und Allgemeines. — Bildstein: Sonntag, den 8. April vormittags 8 Uhr.

Turnen und Sport.

Slavia-Sparta komb. gegen Karlsruher SV. 4:1.

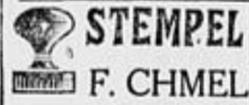
Ein neues Stadion in Prag. Nach den im Ministerium für öffentliche Arbeiten durchgeführten Vorarbeiten wird bereits in den nächsten Wochen der Bau eines neuen Stadions für Prag in Angriff genommen werden. Die äußerst umfangreiche Anlage ist auf dem sich gegen den Weißen Berg zwischen Pevnost und Kosiř erstreckenden Hochplateau hinter dem Aussichtsturm auf dem Laurenzberg projektiert und wurde vom Arbeitsministerium in dem Rahmen der in Durchführung begriffenen Notstandsarbeiten aufgenommen. Das neue Stadion hat sich als notwendig herausgestellt, weil für die im kommenden Jahre in Prag stattfindenden internationalen Olympischen Spiele und den für das Jahr 1925 geplanten slawischen Sokol-Kongress kein Stadion zur Verfügung steht, da die vor einigen Jahren auf dem Velvedere errichtete Anlage für zehn Jahre an den Trabrennbahnverein verpachtet wurde. Das neue Stadion wird aus einer großen und mehreren kleineren Rennbahnen bestehen, die verschiedenen Ren-

nen, Schauturnen, Wettläufen, sowie den gymnastischen Wettkämpfen dienen sollen. Die Schautribünen und die Neben- und Verwaltungsgebäude werden durchwegs im Eisenbeton aufgeführt. Von außen wird um das Stadion ein Arkadengang führen, der als Wandelsohnade dienen und Geschäftsläden bergen soll. Die Zufahrtstraßen werden teils vom Stadtschein aus mit Straßenbahnverbindung, teils durch Serpentin-Anlagen von Smichow aus angelegt werden. Die kürzeste Verbindung werden die zum Aussichtsturm führende Drahtseilbahn und die durch den Kinsřgarten laufenden Kommunikationen bilden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Neuestes Sportkleid. Die chemische Fabrik Libenia bringt eine konkurrenzlose Neuheit für alle farbige Schuhe. Libenia-Garnitur erneuert garantiert alte, farbige Schuhe; alle Flecken werden entfernt, der Schuh wird überfärbt und ist wie neu. Kein oberflächlicher Anstrich, das Präparat dringt in das Leder. 1533

Herausgeber: Dr. Ludwig Egeß und Karl Cerman.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.



STEMPEL
F. CHMEL
Prag II., Nekazanka 18.
Bibliotheken
für Organisationen,
Vereine, Gemeinden,
Gewerkschaften, Schulen
usw. werden zweck-
sprechend zusammenge-
stellt, sowie ergänzt,
von der
Vollbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.
Sozialistische
Theater-Stücke
und
Vortragbücher
für Vereine senden wir
in großer Auswahl auf
Wunsch zur Ansicht.
Buchhandlung Freiheit,
Teplitz-Schönau,
Theresienstraße 18.



PALMA
Kautschukabsätze
und Kautschuksohlen
Schonen die Nerven,
schützen die Füße,
helfen sparen!

Wie unsere Hausfrauen über die Teemargarine urteilen.



„SANA“

Frau Anna Keß, Inhaberin der Kochschule u. emer. Lehrerin der Koch- u. Haushaltungskunde auf den öffentlichen Schulen in Königgrätz schreibt unter anderem:
„Ich kann Ihnen mit Vergnügen die Mitteilung machen, dass ich schon länger als ein Jahr Ihre Teemargarine „Sana“ nicht nur in meiner Kochschule, sondern auch in meinem Haushalte zur Zubereitung aller Speisen und auch der feinsten Mehlspeisen mit dem grössten Erfolge auf Grund meiner reichen Erfahrungen verwende.“
Anna Keß.

Frau Isabella Tschakert, Inhaberin des Pensionates und Haushaltungsschule Kirschbaum, schreibt uns:
„Ich freue mich Ihnen mitteilen zu können, dass sich Ihre Teemargarine „Sana“ in meiner Haushaltungsschule zur Zubereitung der feinsten Speisen glänzend bewährt hat, so dass ich speziell diese Marke jeder tüchtigen und umsichtigen Hausfrau auf das beste anempfehlen kann.“
Isabella Tschakert, m. p.,
Inhaberin des Pensionats Kirschbaum.

Frau M. Dobisch, Leiterin der Haushaltungsschule in Schluckenau schreibt uns unter anderem:
„Auf Ihre Anfrage teile ich Ihnen höflich mit, dass ich mit der von Ihnen gelieferten Teemargarine „Sana“ sehr gute Erfahrungen gemacht habe, da dieses vollkommene Produkt tatsächlich jede beste Naturbutter ersetzt u. den Speisen einen Wohlgeschmack verleiht, der sonst nur durch Verwendung der feinsten äänischen Teebutter zu erzielen ist.“
Marie Dobisch, m. p.



Achtung auf  diese Packung!
1512